

**Rüstungskonzern**

**Ruag-Aufspaltung:  
Bund holt Hilfe bei  
Profi-Privatisierern**

VON SVEN ALTERMATT

Aus eins mach zwei: Der Bundesrat möchte den Rüstungskonzern Ruag aufspalten. Firmenbereiche, die für die Schweizer Armee tätig sind, sollen von den übrigen Bereichen getrennt werden. Zudem soll eine Teilprivatisierung geprüft werden, wie die Regierung im Sommer dieses Jahres bekannt gab.

Zwar hat die Ruag bereits mit der Entflechtung ihrer Geschäftsfelder begonnen. Doch bis zu einer eigentlichen Aufspaltung des Konzerns mit seinen über 9000 Angestellten ist es noch ein weiter Weg. Dafür holt sich das zuständige Verteidigungsdepartement (VBS) nun die Hilfe von berühmten Profi-Privatisierern: Die Unternehmensberatung Roland Berger hat den Auftrag bekommen, ein Gutachten zur Ruag-Strategie und zu den Optionen einer Privatisierung zu erstellen. 320 000 Franken lässt das VBS für das Mandat springen, wie ein soeben veröffentlichter Zuschlagsentscheid zeigt. Die Berater von Roland Berger sollen dem Bund eine, wie es offiziell heisst, «Zweitmeinung» zur Ruag abliefern.

Der Schweizer Ableger der Roland Berger GmbH hat seinen Sitz in Zürich. In Deutschland gilt der Beratungskonzern, dessen Gründer und Namensgeber einst als Wirtschaftsminister gehandelt worden ist, als führend beim Geschäft mit den Behörden. Er verfügt über Beratungsverträge mit mehreren Ministerien. Bereits bei der Privatisierung der ehemaligen DDR-Betriebe konnte der Konzern seine Ideen prominent einbringen. Dieses Jahr sorgte Roland Berger für Schlagzeilen, weil seine Berater die Bundesregierung bei einer radikalen Neuordnung des deutschen Autobahnnetzes unterstützen sollen. Auch hier stehen Privatisierungen zur Diskussion.

**Nachruf**

**Ein brillanter  
Staatsrechtler  
ist nicht mehr**

Er war kein Linker, wurde aber von vielen als solcher wahrgenommen. Vielleicht, weil er Miterfinder der Rasa-Initiative («Raus aus der Sackgasse!»)



Andreas Auer.

war, mit der die Masseneinwanderungsinitiative der SVP hätte rückgängig gemacht werden sollen. Oder weil er sagte, das grösste Manko der schweizerischen Demokratie sei das fehlende Ausländerstimmrecht.

Andreas Auer ist, wie der Todesanzeige seiner Familie zu entnehmen ist, im Alter von 70 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit gestorben. Der gebürtige Büdner war ab 1980 Professor für Staatsrecht an der Universität Genf. 2008 wechselte er als Professor für Öffentliches Recht an die Universität Zürich, wo er bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2013 tätig war. Gleichzeitig war er Gründungsdirektor des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA) und dort von 2008 bis Ende 2012 tätig. «Wir verlieren einen herausragenden Denker, einen brillanten Staatsrechtler, aber auch einen humorvollen und liebenswürdigen Kollegen», schreibt das ZDA. Auer hatte für sich und sein Team in Anspruch genommen, in Aarau ein national und international schwerer zu umgehender wissenschaftlicher Bezugspunkt in Demokratieforschung geschaffen zu haben. (UHG)

# Ein verlorenes Jahr

**Klima Unheilige Allianz im Nationalrat versenkt das CO<sub>2</sub>-Gesetz. Aber niemand will schuld sein**

VON DOMINIC WIRTH

Vier Tage und über zehn Stunden hat der Nationalrat seit Anfang Monat der Klimapolitik gewidmet. In seiner vorberatenden Kommission waren es noch viele mehr, seit Januar haben sich die Politiker dort über das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz gebeugt. Doch jetzt steht die grosse Kammer mit leeren Händen da. In der gestrigen Gesamtstimmung versenkte eine unheilige Allianz das Gesetz; es geht nun in den Ständerat, der bei Null beginnen wird.

Die Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes ist zwischen die politischen Fronten geraten. Mit Stimmen von ganz rechts und ganz links geschah, was sich in den Tagen zuvor abgezeichnet hatte: Das Gesetz scheiterte, weil es der einen Seite immer noch zu weit ging. Und der anderen viel zu wenig weit. Die Grünen sagten aus diesem Grund geschlossen Nein, die GLP mehr oder weniger, dazu kam ein gutes Viertel der SP-Fraktion. Den Rest besorgte die SVP. Die hatte das Gesetz von Anfang an bekämpft. 92 Parlamentarier lehnten es am Ende ab, nur 60 Vertreter - davon 32 aus der FDP und 25 aus der CVP - sagten Ja. Die

SP enthielt sich mehrheitlich, genau wie die BDP.

**Eine Reihe von Abschwächungen**

Zuvor hatten FDP und SVP die Vorlage des Bundesrats an verschiedenen Punkten abgeschwächt. Das hatte schon letzte Woche begonnen, als die Rechten das Inlandziel aus der Vorlage entfernten. Bundesrätin Doris Leuthard warnte zwar davor, dass dem Gesetz damit der «Fixpunkt» fehle, an dem sich der Massnahmenmix im Inland überhaupt ausrichte. Doch FDP und SVP setzten sich knapp durch. Und versenkten die Vorgabe, dass 60 Prozent der Treibhausgasemissionen in der Schweiz eingespart werden müssen. Die beiden Parteien wollen verstärkt auf den Kauf von Auslandszertifikaten setzen. Deren Wirkung ist aber umstritten.

Die Streichung des Inlandziels war jener Entscheid, der am meisten zu reden gab, und er setzte den Ton für das, was folgte. FDP und SVP prägten das Gesetz weiter, etwa bei den Gebäuden, dem zweitgrössten CO<sub>2</sub>-Emitenten. Die beiden Parteien verhinderten einen einheitlichen Gebäude-

standard. Und setzten Anfang Woche auch durch, dass der Benzinpreis nur um maximal 8 Rappen erhöht werden darf, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss des Verkehrs zu begrenzen. Erst gestern nahm die rechte Rathälfte den Fuss etwas vom Gaspedal, bei der CO<sub>2</sub>-Abgabe scheiterte sie mit ihrem Deckungsantrag knapp. Doch da war es schon zu spät und die Meinung im linken Lager gemacht, dass dieses Gesetz abzulehnen sei.

**Richtig glücklich ist nur die SVP**

Am Ende, als der Absturz perfekt war, überboten sich die Parteien mit gegenseitigen Schuldzuweisungen. Das passte zum gehässigen Ton, der schon die Debatte im Parlament geprägt hatte. Die Linke nahm FDP und SVP ins Visier, sprach von einer «Sabotage des Klimaschutzes» und davon, dass die Wahlen 2019 nun erst recht Klimawahlen sein müssten. Die FDP spielte den Ball umgehend zurück: Die linken Parteien verweigerten die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, liessen die Liberalen verlauten. «Wir haben eine wirtschaftstaugliche Umsetzung ausgear-

beitet», sagt der Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger.

Die CVP ärgerte sich derweil über die unheilige Allianz und strich heraus, wie wichtig die politische Mitte sei für das Land. Das abschliessende Nein liegt für die Partei von Umweltministerin Doris Leuthard am Verhalten von FDP und SVP und der «gezielten Schwächung» der Vorlage. «Offenbar negieren sie nicht nur den Handlungsbedarf, sondern fühlen auch den Puls der Bevölkerung nicht», sagt der CVP-Umweltpolitiker Daniel Fässler (AI). So richtig zufrieden war gestern nur die SVP, die das Gesetz nach Kräften abschwächte, um es dann in der Gesamtstimmung ganz abzulehnen. Sie bezeichnete die Vorlage als «eigentums- und wirtschaftsfeindlich».

Viel mehr als der ganze Ärger bleibt nun nicht. Ein Jahr hat der Nationalrat in das Gesetz - und damit die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens - investiert. Doch dieses Jahr ist nach den Entscheiden von gestern verloren. Jetzt geht das Geschäft in den Ständerat, der von CVP und SP dominiert wird. Er berät es auf der Grundlage der bundesrätlichen Vorschläge.



Der Nationalrat hat die Vorlage des CO<sub>2</sub>-Gesetzes versenkt - zum Missfallen von Noch-Umweltministerin Doris Leuthard.

ALESSANDRO DELLA VALLE/KEYSTONE

## Der Mahnruf nach dem letzten Kampf

**Doris Leuthard Zum Schluss ein Dämpfer: Die scheidende CVP-Bundesrätin kritisiert die Rechte und fordert ein Ende der «Blockadepolitik».**

VON SVEN ALTERMATT

Doris Leuthard kämpfte, sie stritt und bemühte markige Worte: Am Ende war alles für nichts. Die Beratung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes bot die Bühne für den letzten grossen Auftritt der scheidenden CVP-Bundesrätin im Nationalrat. Leuthard demonstrierte nochmals ihr ganzes Können als dossierfeste und rhetorisch begabte Politikerin, die auch den Griff zum Zweihänder nicht scheut.

«Einfach Unfug», schimpfte Leuthard, seien etwa die von SVP-Parlamentariern verbreiteten Zahlen zur Er-

höhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe. Als der Nationalrat vor einigen Tagen dagegen stimmte, einen Inlandanteil bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion im Gesetz zu verankern, stellte Leuthard im lakonischen Tonfall fest, man habe im Wesentlichen beschlossen, einfach abzuwarten. «Das ist Ihre Verantwortung», richtete sie sich an die Parlamentarier.

Die SVP stellte sich von Beginn weg gegen das CO<sub>2</sub>-Gesetz, und nach der zwölfstündigen Debatte war dieses aus Sicht der Linken derart verwässert, dass auch sie nichts mehr damit anfangen konnten. Gestern nun schickte die grosse Kammer die Vorlage in der Gesamtstimmung bachab, eine Schlappe für Leuthard.

Der Spott darüber liess nicht lange auf sich warten. «Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist versenkt», frotzelte SVP-Nationalrat Claudio Zanetti nach der Debatte auf Twitter. «Die Demontage von Doris Leuthard hat eingesetzt.» Demontage?

Leuthard gab sich nach der Debatte betont gelassen. Ihren bevorstehenden Rücktritt mochte sie sich von der Niederlage nicht trüben lassen.

Lieber hob sie den Entscheid auf eine grundsätzliche Ebene - und nahm da-

**«Die Politik muss endlich klären, ob man etwas gegen die Klimaschäden tun will.»**

Doris Leuthard abtretende Bundesrätin

für bereits den Habitus der Elder Stateswoman an. Man habe im Nationalrat einmal mehr die «typische Blockadepolitik der vergangenen Jahre» beobachten können, sagte Leuthard nach der Abstimmung im Gespräch mit Journalisten. «Die Linke und die Rechte haben sich dogmatisch-ideologisch bekämpft, die Mitte konnte zu wenig Stimmen auf sich vereinen.» Gleichzeitig sieht die ab-

tretende Umweltministerin die Chancen eines Neustarts. Eine knappe Mehrheit aus FDP und SVP habe «abgeschwächt, Ziele gestrichen und Massnahmen weniger ambitionös ausgestaltet». Das sei für die Linke halt nicht hinnehmbar gewesen, und vieles hätte im Ständerat ohnehin korrigiert werden müssen. «Die Politik muss endlich klären, ob man etwas gegen die Klimaschäden tun oder ob man so weitermachen will wie bisher», erklärte Leuthard.

In der Ratsdebatte mahnte sie mehrfach, die «Kosten des Nichtstuns» beim Umweltschutz nicht zu vergessen. Aus ihrer Sicht ist klar, dass es kein «Weiter so» geben dürfe. «Der Hitzesommer dieses Jahres hat eigentlich bewiesen, dass Nichtstun teurer ist.» Leuthard hofft darum vor allem eines: Dass das Parlament zur Vernunft kommt und bei wichtigen Vorlagen die Parteipolitik wieder vermehrt beiseite lässt.